

27. Mai 2026

Leistungsbeschreibung - Kurzstudie: Kosten der Wohnungslosigkeit – Alternative Maßnahmen für eine effizientere Wohnungsnotfallhilfepraxis

1. Projektdarstellung

Die Kosten, Wohnungslosigkeit gesellschaftlich zu überwinden, variieren stark je nach Land, Region, Umfang der Maßnahmen und gewähltem Ansatz. Studien aus anderen Ländern¹ zeigen jedoch, dass Investitionen in die Beendigung von Wohnungslosigkeit oft langfristig günstiger sind als die (Folge-)Kosten von Wohnungslosigkeit (z.B. für Notübernachtungen, Gesundheitssystem, Polizei, Justiz und Sozialdienste).

Auch in Deutschland hatte der Deutsche Städtetag bereits mit seiner Empfehlung zur Einrichtung von Fachstellen im Jahr 1987 vorgerechnet, dass die Verhinderung von Wohnungsverlusten nicht nur den vom Wohnungsverlust bedrohten Menschen zugutekommt, sondern Prävention zugleich für die Kommune der kostengünstigere Weg ist, Wohnungslosigkeit zu begegnen: „Angesichts der heute verfügbaren Erkenntnisse über die Folgen der Obdachlosigkeit sollte die Verhinderung

¹ Z.B. European Observatory on Homelessness (2013): The Costs of Homelessness in Europe. An Assessment of the Current Evidence Base; Dennis Culhane, Matthew Fowle, Joy Moses (2025): How Much Would It Cost to Provide Housing First to All Households Staying in Homeless Shelters?; Stephen Gaetz, Tanya Gulliver, Tim Richter (2014): The State of Homelessness in Canada 2014; Alma Economics (2022): The right to adequate housing in Wales: cost-benefit analysis

Registergericht:
Amtsgericht
Berlin (Charlottenburg)
Vereinsregister 31924 B

Evangelische Bank eG
BIC: GENODEF1EK1
IBAN: DE42 5206 0410 0000 4050 00

USt-IdNr.: DE 147801862

Barrierefreier Parkplatz in
der Tiefgarage

der Obdachlosigkeit im Interesse der betroffenen Personen konsequenter betrieben werden als bisher. Dies ist nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern auch der finanzwirtschaftlichen Rationalität“ (Deutscher Städtetag, 1987: 22). Weiter wird ausgeführt: „Die Kosten einer Einweisung übersteigen um ein Vielfaches die ihrer Verhinderung. Kosten und Folgekosten entstehen durch Investitionen und durch die Bewirtschaftung der Unterkünfte, durch intensiveren Personaleinsatz, durch erhöhte Sozialhilfeforderungen wegen der verringerten Chancen der Betroffenen auf dem Arbeitsmarkt, durch Heimunterbringung von Kindern und durch Einnahmeausfälle wegen der geringen Bereitschaft der Eingewiesenen zur Zahlung des Nutzungsentgelts. Demgegenüber entstehen im Rahmen der vorbeugenden Wohnungssicherung vergleichsweise geringe Kosten durch Mietschuldenübernahmen, Ausfallgarantien u. ä. Der hierfür erforderliche Personaleinsatz ist gemessen am Erfolg relativ gering“ (ebd.: 23).

Ein Platz in einer Notunterkunft kostet etwa 25.000 bis 35.000 Euro pro Jahr und Person. Dauerhafte Lösungen wie „Housing First“ (direkte Vermittlung in eigenen Wohnraum mit begleitender Unterstützung) sind oft günstiger und nachhaltiger. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) schätzt, dass die Überwindung der Wohnungslosigkeit in Deutschland jährlich mehrere Milliarden Euro kosten würde, je nach Umfang und Ausgestaltung der Maßnahmen.

Insgesamt setzen sich die gesellschaftlichen Kosten zur Überwindung von Wohnungslosigkeit u.a. aus verschiedenen Faktoren zusammen:

- Bau und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum (Neubau, Sanierung, Ankauf)
- Finanzierung von Unterstützungsangeboten (z.B. Sozialarbeit, psychologische Betreuung, Suchtberatung)
- Verwaltung und Organisation der Hilfsmaßnahmen

Auf der anderen Seite stehen vielfältige Einsparpotentiale, z.B.:

- Einsparungen im Gesundheitswesen (weniger Notaufnahmen, Krankenhausaufenthalte)
- Weniger Polizeieinsätze und geringere Justizkosten
- Reduzierte Ausgaben für Notunterkünfte und temporäre Hilfen

In Finnland, das als Vorreiter gilt, wurden über zehn Jahre rund 350 Millionen Euro zur Überwindung der Wohnungslosigkeit investiert. Die Kosten pro Person und Jahr liegen dort bei etwa 15.000 bis 18.000 Euro, während die Folgekosten von Obdachlosigkeit deutlich höher sind.

Vor dem Hintergrund dieser möglichen Kosteneinsparungen durch die Finanzierung alternativer Maßnahmen soll mit Hilfe eines Forschungsvorhabens ein **kompakter Überblick über mögliche Einsparoptionen in verschiedenen Sektoren** gegeben werden. Hierfür sollen Sektoren und Maßnahmen, die sich besonders für eine Kostengegenüberstellung eignen, identifiziert und anhand **praxisnaher Vergleichsrechnungen (anfallende Kosten vs. Alternativkosten) für unterschiedliche kommunale Gebietskörperschaften** (kreisfreie Stadt, Kreis, kreisangehörige Kommune) beispielhaft Einsparpotentiale dargestellt werden.

Die Übersicht der identifizierten Sektoren und Maßnahmen soll gemeinsam mit den Vergleichsrechnungen einer Begleitgruppe – bestehend aus externen Expert*innen – zur Verfügung gestellt, mit dieser besprochen und anschließend finalisiert werden.

Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens sollen in einer **Studie** zusammengefasst werden, die einen **Umfang von ca. 25 bis 30 Seiten** (ca. 1.800 Zeichen pro Seite) haben und online veröffentlicht werden soll.

Ziel des Forschungsvorhabens ist es, gute Praxisbeispiele und übertragbare Ergebnisse in den gewählten kommunalen Handlungssektoren zu identifizieren und übersichtlich aufzubereiten. Es sollen Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die für die weitere politische Vertretungsarbeit genutzt werden können.

2. Aufgabendarstellung

Arbeitsschritt 1:

- Bis 01.09.2026 Recherche des Forschungsstandes zum Themenbereich
- Bis 08.09.2026 Abstimmung mit dem Auftraggeber

Arbeitsschritt 2:

- Bis 30.09.2026 Entwicklung eines methodischen Vorgehens zur Erarbeitung des konkreten Forschungskonzepts (inkl. Inhaltsverzeichnis der Studie). Hierbei sollte auch ein Verfahrensvorschlag erarbeitet werden, wie die Beispiele der Sektorenmaßnahmen gewonnen und ausgewählt werden.
- 05.10.2026 Austausch zur Forschungskonzeption und dem methodischen Vorgehen mit der Begleitgruppe
- Bis 31.10.2026 Überarbeitung der Forschungskonzeption und des methodischen Vorgehens nach den Hinweisen der Begleitgruppe und Vorlage der finalen Konzeption
- Bis 11.11.2026 Abstimmung mit dem Auftraggeber

Arbeitsschritt 3:

- Bis 15.04.2027 Durchführen der Sektoranalysen und beispielhaften Vergleichsrechnungen

Arbeitsschritt 4:

- Bis 31.05.2027 Vorlage eines Studienentwurfs inkl. der Unterlagen für die Vergleichsrechnungen
- Bis 30.06.2027 Austausch zum Studienentwurf inkl. der Unterlagen für die Vergleichsrechnungen

mit der Begleitgruppe

- Bis 31.08.2027 Überarbeitung des Studienentwurfs nach den Hinweisen der Begleitgruppe und Vorlage der finalen Studie
- Bis 15.09.2027 Finale Abstimmung mit dem Auftraggeber

Arbeitsschritt 5:

- Bis 30.11.2027 Vorbereitung und Durchführung einer halbtägigen digitalen Fachveranstaltung (s. hierzu auch Ergebnistransfer)

3. Ergebnistransfer

Die Ergebnisse des Forschungsvorhaben werden mit der Begleitgruppe diskutiert, in Form einer (Kurz)Studie mit Handlungsempfehlungen aufbereitet und auf den Websites der Diakonie Deutschland und des Evangelischen Bundesfachverbands Existenzsicherung und Teilhabe e.V. (EBET) veröffentlicht. Eine darüberhinausgehende Onlinepublikation ist dem Auftragnehmer freigestellt, jedoch nicht Teil des Auftrags. Zudem soll der Ergebnistransfer durch eine halbtägige digitale Fachveranstaltung erfolgen, die im 3., spätestens 4. Quartal 2027 durchgeführt werden soll. Die Organisation dieser Fachveranstaltung übernimmt der Auftraggeber. Der Auftragnehmer übernimmt lediglich die Aufgabe, die Projektergebnisse anschaulich zu präsentieren und mit den Teilnehmenden zu diskutieren. Ein optionaler Druck der Studie ist nicht Teil des Auftrags. Ob die Studie gedruckt wird, entscheidet der Auftraggeber.

4. Studiererstellung

Bei der **Studiererstellung (Umfang: ca. 25-30 Seiten + Anhang)** ist besondere Sorgfalt aufzuwenden. Dabei ist eine allgemeinverständliche Ausdrucksweise zu wählen.

Für eine gute Lesbarkeit ist Folgendes zu beachten:

- Die Titelseite ist nach den Vorgaben des Auftraggebers zu erstellen.
- Die Logos des Auftraggebers sind zu verwenden.
- Soweit notwendig, sind aussagefähige Belege als Kurztabelle, Grafiken, Kartogramme usw. in den Text einzufügen.
- Sämtliche Projektdaten und -ergebnisse sowie Grafiken, Bilder, Zeichnungen, Pläne etc. sind frei von Rechten Dritter zu liefern.
- Dem Endbericht ist eine Kurzfassung voranzustellen, in der die Problemstellung, die Untersuchungsmethoden sowie die Ergebnisse einschließlich einer kritischen Würdigung auf bis zu fünf Seiten dargestellt werden. Ebenso ist eine Kurzfassung in englischer Sprache (britische Rechtschreibung) im Umfang mit bis zu fünf Seiten voranzustellen.
- Die Texte sind geschlechtergerecht/geschlechtsneutral zu formulieren.
- Der Endbericht ist als barrierearmes PDF bereitzustellen.